

## Der Umgang mit der Vergangenheit und die Demokratie in Guatemala

- das unmögliche Muss -

von Carla Ballhausen



Zum Vortrags- und Diskussionsabend im Rahmen des Projekts *Erinnern und Handeln für die Menschenrechte* durften wir am 21. August 2009 im Allerweltshaus Dirk Bornschein, aus Berlin angereist, als Referenten begrüßen. Die Moderation übernahm an diesem Abend Brigitte Lang.

Dirk Bornschein hat drei Jahre in Mexiko und zehn Jahre in Guatemala gelebt, wo er als Journalist, politischer Berater und als Politikwissenschaftler arbeitete. Vor wenigen Wochen schloss er seine Dissertation ab, in deren Rahmen er sich mit der Vergangenheitspolitik Guatemalas und deren Auswirkung auf den Demokratisierungsprozess im Land beschäftigte und über 200 Interviews mit Offizieren, Angehörigen der Guerilla, Organisationen der Menschenrechtsbewegung und der Maya, sowie mit Staatsfunktionären führte. Auf Nachfrage aus dem Publikum, zu Beginn des Abends, erklärte Herr Bornschein, dass die Entscheidung, diese Forschung zu unternehmen, unter anderem durch den in Guatemala gewonnenen Eindruck motiviert gewesen sei, die Umsetzung des Friedens leide unter der Vergangenheitsarbeit. Im folgenden Vortrag wolle er versuchen, dem Publikum nahezubringen, wie in Guatemala mit dem Thema der Vergangenheitspolitik umgegangen wird und auf welche Schwierigkeiten das Instrument in der Praxis stossen kann. Letztlich sollen diese Gedanken dazu dienen, aus Fehlern zu lernen und das Thema der Vergangenheit als Teil eines Prozesses der Transformation zu verstehen, der sich nicht nur das politische System, sondern vor allem auch die Kultur an sich unterziehen muss. Dafür gab er zunächst einen kurzen Abriss der Geschichte des sogenannten „bewaffneten internen Konflikts“ Guatemalas:

Das zentralamerikanische Land südöstlich von Mexiko erfuhr nach der Oktoberrevolution 1944 erstmals den Ansatz einer sozial-reformerischen Demokratie, welche allerdings gerade

einmal zehn Jahre währte. Im Kontext des Kalten Kriegs riefen die Versuche sozialer Reformen das Misstrauen der USA auf den Plan und es kam 1954 zu einer Konterrevolution. Mit einem Zitat aus einem CIA-Dokument von 1954 belegte Herr Bornschein anschaulich, dass die CIA diese Konterrevolution durch die Weitergabe von Know-How unterstützte, indem sie Anleitungen zu Destabilisierungsmaßnahmen gab. Die zunehmende politische Radikalisierung und Gewalt forderten in den Jahren vor der Konterrevolution schätzungs-



weise schon 3.000 Tote, doch durch den offiziellen Beginn des „bewaffneten internen Konflikts“, im Jahr 1962, stieg die Zahl der Toten schnell an. Die Schätzungen der Wahrheitskommission gehen von etwa 200.000 Toten bei Beendigung des Konflikts aus. Die ersten Guerillaaktionen wurden von der Armee schnell besiegt. Diese suchte fortan eine unterstützende Basis bei der indigenen Bevölkerungsmehrheit und fand diese teils dort auch. Ende der 70er kam es zu einem zweiten Aufstand und in den Jahren 1980-83 wurde der Versuch unternommen, die Guerilla und ihre Basis durch gezielte Massaker physisch auszumerzen. Dennoch blieb die Guerilla in Teilen existent, 1986 scheiterten erste Friedenskontakte zwischen der Guerilla und den Militärs. Der 1990 begonnene Friedensprozess zog sich über sechs Jahre hin, erst 1996 unterzeichneten beide Seiten die Friedensverträge. Zuvor

wurde 1994 ein Abkommen getroffen, nachdem eine Wahrheitskommission die Menschenrechtsverletzungen im Zuge dieses Bürgerkrieges untersuchen sollte. 1999 legte die Kommission zur Aufklärung der Wahrheit (*Comisión para el Esclarecimiento Histórico, CEH*), unter ihrem Leiter Christian Tomuschat, einen Abschlussbericht mit politischen Empfehlungen vor. Über einige prägnante Zahlen vermittelte Herr Bornschein uns ein Bild der Folgen dieses 36 Jahre andauernden Kriegs: geschätzte 200.000 Tote, 45.000 Verschwundene, 1 Million Vertriebene, über 600 Massaker –wobei als Massaker ein Zusammentreffen zwischen Bewaffneten und unbewaffneter Bevölkerung mit mindestens fünf Toten verstanden wird. 83 % der Opfer waren Angehörige der Maya-Kultur, 93 % der Morde wurden von Militärs, Paramilitärs und Militärkommissaren begangen, somit war der guatemaltekeische Staat Hauptverantwortlicher der Verbrechen.

Heute leben in Guatemala 13 Millionen Menschen, je nach zu Grunde liegender Definition sind davon 40-60 % Indigene. Von diesen leben wiederum 74 % in Armut und nur geringe 5 % haben einen Zugang zur Gesundheitsversorgung. Über einige Fotos wollte Herr Bornschein uns auf die Widersprüchlichkeit zwischen dem touristischen und dem militärisch geprägten Guatemala hinweisen: das Stereotyp der gezeigten Indigenen in traditioneller Kleidung, welches den Tourismus im Land fördern soll, kontrastiert mit Szenen, in denen das Militär im Vordergrund steht, Heiligenpuppen in Uniform dargestellt werden und junge Kadetten einer Militärakademie mit Gewehren salutieren.

Die 1996 unterzeichneten Friedensverträge ermöglichten zwar die Einrichtung der Wahrheitskommission *CEH*, erlaubten Prozesse gegen die Verantwortlichen der Verbrechen und sahen die Wiedergutmachung für die Opfer des Krieges vor. Nach damaligem Verständnis von Konzepten rund um die Vergangenheitsbewältigung hätten diese Maßnahmen eine Transformation des Landes zur Folge haben sollen. Theorie und Praxis der Arbeit zur gewaltsamen Vergangenheit, so Dirk Bornschein, litten in Guatemala jedoch unter einer sehr grossen Diskrepanz. Hatte die Kommission auch das Recht Empfehlungen an den Staat auszusprechen, so wurden die Ergebnisse der *CEH* vom Staat weitestgehend ignoriert, außerdem wurden sie kaum an die Bevölkerung weitergegeben, kaum gedruckt und die Bevölkerung somit nur rudimentär über die Details des Kriegs aufgeklärt. Nur zwei Prozesse endeten tatsächlich mit der Verurteilung von Offizieren, ein Umstand, der mehr mit internationalem Druck in diesen Fällen zu tun hatte, als mit dem Willen von Regierung und Justiz. Auch das Wiedergutmachungsprogramm hatte laut Bornschein einen Hintergedanken, welchen er durch folgendes Zitat des Direktors des Wiedergutmachungsprogramms verdeutlichte:



*„In einem Krieg...gibt es keine Guten und Bösen. Die Menschen verhalten sich (da) so wie nötig. Die Leute sind nicht schlecht, nur weil sie das getan haben. (...) (Man muss darum) die Tatsachen aufzeigen und nicht urteilen, wer Recht hatte oder nicht. Darum sage ich den Leuten, bitte fällt keine Urteile, (man sollte sich) so neutral wie möglich verhalten.“*

Dem Referenten zu Folge gibt dieses Zitat gut das Mehrheitsdenken der guatemaltekischen Gesellschaft wieder: nicht unbedingt vergessen was geschehen ist, aber auch nicht die Verantwortlichen zu Rechenschaft ziehen, sondern eine möglichst neutrale Position gegenüber der Geschichte einnehmen. Eine mögliche Erklärung dieser Einstellung kann nach Herrn Bornschein der von ihm so genannte „Kampf um die Geschichte“ sein. Jeder Zeitgenosse glaubt vor allem an die selbst erlebte Version der „Geschichte“, die eigenen Erfahrungen prägen den Menschen und ermöglichen ihm den Anspruch auf eine eigene Wahrheit. Beide Kampfseiten, sowohl Guerilla als auch Militärs, beharrten nach der Beilegung des Kriegs auf ihrer Version der „Geschichte“, beide sahen sich als Verteidiger der Demokratie- eine Demokratie, die de facto bis in die 90er Jahre hinein kaum existent gewesen war. Die Menschenrechtspolitik verwandelte sich in diesem Rahmen schnell in ein Instrument zugunsten einer Seite des Konflikts. Des Weiteren wies Herr Bornschein darauf hin, dass die Maya in diesem Konflikt- wenn sie auch die höchste Rate von Opfern aufweisen- nicht bloß in ihrer Opferrolle gesehen werden dürfen. Einerseits gab es Verbindungen zwischen Maya und der Guerilla,

andererseits kämpften viele Maya –gezwungenermaßen oder auch freiwillig- auf Seiten der Militärs oder der paramilitärischen Verbände. Dieser Punkt sollte im Laufe des Abends noch für viel Diskussionsstoff in der anschließenden Diskussionsrunde führen, denn der Gedanke, die Maya auch als Täter zu sehen, schien vielen im Publikum neu zu sein.

Auch das Leugnen der Ausmaße der Verbrechen ist eine Form des Umgangs mit der Vergangenheit in Guatemala. So zitierte Herr Bornschein einen General, welcher der Aufklärungsarbeit vorwarf, aus jedem gefundenen Knochen ein Opfer abzuleiten und so die Zahl der Getöteten in die Höhe zu treiben. Auch hier lässt sich wieder die Diskrepanz zwischen den Bestimmungen der Friedensverträge und dem realen – wenn auch realitätsfernem- Denken erkennen. Das Thema Menschenrechte wurde von den Militärs vor allem als ein Instrument zur schnellen Erlangung des Friedens akzeptiert. Der Druck auf der Regierung sich mit diesem Thema zu befassen, lässt sich vor allem durch das Interesse der Guerilla an einer Aufklärung und durch die Unterstützung von internationalen Organisationen erklären. Die Vergangenheitsarbeit wurde in den Friedensverhandlungen zu einem politischen Druckmittel instrumentalisiert, die Regierung unterschrieb laut Herrn Bornschein, ohne jedoch tatsächlich vorzuhaben die festgeschriebenen Maßnahmen zum Umgang mit der Vergangenheit im Sinne der Transformation zu nutzen. Die Armee erließ kurz nach Unterschreibung des Vertrags zur *CEH* den internen Befehl, alle kompromittierenden Papiere und Dokumente zu verbrennen, um eine vollkommene Aufklärung der Wahrheit zu verhindern. Doch auch für die Menschenrechtsbewegung wurde diese Thematik teils zu einem Instrument im politischen Kampf, wie folgendes Zitat eines führenden Vertreters der Menschenrechtsbewegung auf die Frage nach dem Ziel ihrer Arbeit verdeutlicht:

*„(Wir wollten das Land demokratisieren) indem wir die Armee und die Regierung abzunutzen versuchten und das innerhalb einer viel weiteren Strategie die darin bestand, den Friedensverhandlungen den Weg zu bereiten und auf das Kräfteverhältnis im Rahmen der Verhandlungen einzuwirken.“*

Als Folge musste die Regierung und die Mehrheitsgesellschaft die Arbeit der Wahrheitskommission zulassen, auch wenn sie diese eigentlich ablehnte. Weil ihrer Meinung nach diese Wahrheit mehr die der Linken sein würde, galt der deutsche Vorsitzende der Kommission, der Völkerrechtsprofessor Christian Tomuschat, vielen insgeheim als Kommunist. Als weitere Gründe für das „Kleinschreiben“ des Themas Vergangenheitsbewältigung führte Herr Bornschein die Aspekte der Armut und der extremen Unsicherheit im Land an, Guatemalas Mordrate ist eine der höchsten in Lateinamerika.

Herr Bornschein ging nun auf die Rolle der Maya und deren Verhältnis zum Faktor Vergangenheit ein. Nach vielen Jahren, in denen der indigene Teil der Guerilla sich vor allem auf die Fragen von Ungleichheit und Ausgrenzung konzentriert hatte, habe sich ein erheblicher Teil heute von der *URNG*, der *Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca*, abgewandt. Sie hatten unter anderem kritisiert, dass die Guerilla ihre kulturellen Rechte als

Maya nicht ausreichend anerkenne. Zusammen mit historischen Erfahrungen, dem Wissen um die begrenzten politischen Möglichkeiten einer Allianz mit der URNG und auch dem Streit um die Kontrolle des Wiedergutmachungsfonds habe dies Voraussetzungen dafür geschaffen, dass diese Maya-Bewegung in Guatemala sich in erster Linie ethnischen und kulturellen Rechten verschrieben habe. Die Frage der Ungleichheit, in vielen anderen indigenen Bewegungen Lateinamerikas von entscheidender Bedeutung, komme bei ihnen deshalb viel kürzer. In dieser Etappe einer Suche nach Anerkennung für das Eigene, würden zudem viele Werte festgeschrieben, die in vielen anderen Ländern im Allgemeinen kritisiert würden: das Verhältnis zur körperlichen Gewalt und die Macht der traditionellen autoritären Autoritäten. So wie auch über lange Zeit in der lateinamerikanischen Linken bestünde bei den Mayas in Guatemala ein Hang zu der Meinung, dass die Frage der Emanzipation der Frau, sich dem obersten Zielen unterzuordnen hätte: dem der Emanzipation als Volk. In diesem Sinne, so Dirk Bornschein, sei die Maya-Bewegung neben all' ihren emanzipatorischen Zielen auch mit konservativen Elementen versetzt. Indem die Mehrheit der männlichen indigenen Landbevölkerung über viele Jahre, freiwillig oder gezwungen, als Paramilitärs mit den Militärs zusammenarbeitete, nahm sie ebenso wie die Mischlinge (Ladinos) Werte in ihren Kodex auf, die mit Repression, Gewalt und Militarismus in Zusammenhang stehen. Die Spaltung der oppositionellen Zivilgesellschaft in Menschenrechts- und Mayabewegung habe mittlerweile dazu geführt, dass die Maya an Gedenkveranstaltungen zum Völkermord, die in erster Linie von der Menschenrechtsbewegung organisiert würden, kaum noch teilnehmen würden. Dieser Konflikt verdeutlicht einmal mehr wie wichtig aber auch wie schwierig die Vergangenheitspolitik in Guatemala ist.

Im Weiteren wurden die Auswirkungen der Vergangenheitspolitik auf die heutige Demokratie Guatemalas angesprochen und Herr Bornschein stellte die These auf, dass im Moment der Entstehung dieser Demokratie, 1995/96, ein Teil der Massnahmen zur Aufarbeitung tatsächlich einige Demokratisierungsprozesse belastet oder sogar gebremst hätten. 1995 hatte Guatemala eine zwar noch schwache, aber gerade wieder freie Justiz, doch mit dem Beginn der Prozesse zu den Menschenrechtsverletzungen wurde die Einflussnahme von Seiten der Regierung massiv: im entscheidenden Startmoment der Demokratisierung begann die Regierung somit vermehrt in die Justiz und deren Prozesse einzugreifen und Druck auf die Richter auszuüben, um die Verurteilung von angeklagten Militärs zu verhindern. Auch im Sicherheitssektor wurden weiterhin alte Methoden in einer nun neuen Situation angewandt, allerdings ließen sich diese Methoden nun nicht mehr über einen repressiven Charakter durchführen und waren somit zum Scheitern verurteilt. In den Jahren 2000 bis 2003 brach das Sicherheitssystem in Guatemala vollkommen zusammen. Unter anderem führte der viel zu eng berechnete Haushalt im öffentlichen Sicherheitssektor –auch eine Folge seiner Vernachlässigung zugunsten des Militärs– zu einem Anstieg der Korruption, heutzutage ist die Korruption ein gängiges Mittel zur Problemlösung. Guatemala konfrontiert einen Kampf zwischen „alt und neu“: neue Kreise, die für Reformen einstehen, wollen auch eine Vergangenheitsbewältigung, das heißt demokratische Konzepte basieren

hier auf einer kritischen Analyse der Vergangenheit. Dem gegenüber stehen alte, einflussreiche Kreise die eben diese Aufklärung ablehnen und in ihrem kulturellen Selbstverständnis die Weiterentwicklung der Demokratie blockieren. Die Vergangenheitspolitik ist somit nötig, aber sie hat auch zu Reaktionen geführt, die die Probleme des Landes vertieft haben. Oder wie Herr Bornschein es betitelt: sie ist „*das unmögliche Muss*“.



Schon während des Vortrags kam es immer wieder zu Zwischenfragen oder auch Einwänden, die von der Moderatorin mit Hinweis auf die abschließende Diskussionsrunde teils auf später verschoben wurden und die hier abschließend kurz skizziert werden sollen:

Auf den Einwand, dass im Vortrag der Aspekt der jahrhundertlang andauernden Ausbeutung und Verfolgung der indigenen Bevölkerung Guatemalas fehle, entgegnete Herr Bornschein, dass dieser Aspekt aufgrund der spezifischeren Fragestellung seiner Forschung, wie sich die Vergangenheitspolitik auf die heutige Demokratie auswirkt, in diesem Vortrag ausgeblendet wurde.

Besonders der Aspekt der Maya in ihrer Rolle als Täter in Diensten der Militärs wurde wiederholt aufgegriffen und ein Gast entgegnete, dass vor allem auch die Verschlossenheit der Indigenen der Guerilla half, ihre militärische Widerstandsstruktur über acht Jahre lang unbemerkt aufzubauen, dass also auch ein Großteil der Maya mit der Guerilla zusammengearbeitet haben muss. Herr Bornschein bestätigte, dass die Guerilla auch Unterstützung durch Indigene bekam. Jedoch betonte er erneut, dass 1,2 Millionen Indigene unter der unmittelbaren Herrschaft der Militärs standen und somit bis zu 90 % der Männer der ländlichen Maya-Bevölkerung, freiwillig oder gezwungen, der Sozialisierung des Militärs ausgesetzt war. Er erläuterte weiterhin, dass der heutige „Hass“ der Maya auf die Guerilla sich vor allem durch deren Rückzug nach Beginn der Massaker, dem dann viele Indigene zum Opfer fielen, erklären ließe. Dieses im Stichlassen führte zu einem Imageverlust der Guerilla, obwohl diese nur für 3 % der im Bürgerkrieg begonnenen Verbrechen verantwortlich gemacht wurde. Auf den Hinweis, dass der Vortrag die Stimme der Opferseite außer Acht gelassen habe und wie diese in der Gesellschaft überleben, konkretisierte der Referent, dass man verschiedene Typen von Opfern unterscheiden müsse. In der Diskussion, die wir in der Veranstaltung aber gerade führten, käme es sehr darauf an, klarzustellen, wer sich als Opfer verstehe. Er fügte noch hinzu, dass es beispielsweise Wiedergutmachungen sowohl für Paramilitärs, als auch für die Opfer gegeben hätte, die Überlebende der Menschenrechtsverletzungen staatlicher Sicherheitskräfte seien. Und angesichts der Tatsache, dass viele Opfer später den Paramilitärs angehörten, hätten sich viele Männer, die

zuerst „Opfer“ und dann Paramilitär waren, pragmatisch dafür entschieden, die Entschädigung „für Dienste am Vaterland“ in Empfang zu nehmen. Die spätere Entschädigung zugunsten der Opfer der Menschenrechtsverletzungen sei dementsprechend mehr von Frauen in Anspruch genommen worden. Diese Entwicklung kann laut Herrn Bornschein auch deshalb nicht überraschen, weil der Direktor der Wiedergutmachungskommission kaum Interesse an Bewusstseinsbildung hatte.



Auf die Nachfrage einer Person, die zu Kolumbien arbeitet, ob es gelungen sei, den bewaffneten Konflikt auf eine zivile Ebene zu überführen (Hintergrund sind hier wohl die vielen Morde an ehemaligen Guerilleros), antwortete Herr Bornschein, dass es sogar während des Friedensprozesses in Guatemala geheime Verhandlungen zwischen der Guerilla und den Militärs in den Jahren 1995/96 gab. Diese Treffen

hätten hätten dazu geführt, dass das Militär einen politischen Frieden mit der Guerilla auch wirklich akzeptierte.

Um ein abschließendes Wort und eine Zukunftsprognose gebeten, resümierte Herr Bornschein noch einmal, dass die Maßnahmen zur Bewältigung der Vergangenheit den historischen Wandel Guatemalas beeinflusst haben. Kurzfristig führten sie zwar zu Blockaden und einer Verschärfung der Problematik, jedoch lassen sich auf langfristiger Ebene deutliche Vorteile für Reformen erkennen. So gibt es in den Bereichen Sicherheit und Justiz erste Ansätze die zu einer Verbesserung der Situation führen könnten. Die Vergangenheitspolitik hat zwar die Prozesse zur Destabilisierung der alten Machteliten gefördert, allerdings sieht Herr Bornschein für die nahe Zukunft nur geringe Möglichkeiten der Umgestaltung der ökonomischen Ungleichverteilung, die für eine Veränderung der Machtbasis nötig wäre. Mit diesem Abschlusswort endete der Vortrag unter einem kräftigen Applaus für den Referenten.

*Fotos: Linda Heinrich*